

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 28.03.2019

Niederschrift

der 23. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 19.03.2019,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:02 - 20:46 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Marianne Beukemann
Herr Christian Heimbach
Frau Ingrid Kaminski

(ab 19:22 Uhr)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Dorothe Küster
Herr Michael Oswald

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Markus Labasch
Frau Dr. Bettina Speiser

(ab 19:37 Uhr)

Stadtverordnete der AfD-Fraktion:

Herr Thomas Biemer

Stadtverordnete der Gießener Linke-Fraktion:

Herr Matthias Riedl

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Martin Preiß

Außerdem:

Herr Hanno Kern

CDU-Fraktion

(ab 19:05 Uhr)

Frau Sandra Weegels AfD-Fraktion
Herr Michael Janitzki Fraktion Gießener LINKE

Vom Magistrat:

Herr Peter Neidel Bürgermeister
Frau Gerda Weigel-Greilich Stadträtin

Von der Verwaltung:

Herr Ralf Pausch Dezernat II (bis 20:00 Uhr)
Herr Dr. Holger Hölscher Leiter des (bis 20:02 Uhr)
Stadtplanungsamtes
Herr Stephan Henrich Stadtplanungsamt
Herr Holger Hedrich Ordnungsamt - (bis 20:00 Uhr)
Straßenverkehrsabteilung -

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode Schriftführerin

Gäste/Sachverständige:

Herr Prof. Dr. Jörg Pfister THM Gießen-Friedberg (bis 20:00 Uhr)
Herr Friedhelm Sames Sprecher Fahrgastbeirat

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Heimbach, SPD-Fraktion, beantragt, den Antrag „Abhalten einer Bürgerversammlung ‚Green-City-Masterplan‘ und ‚E-Mobilität‘ in Gießen, STV/1603/2018“ unter TOP 5 von der Tagesordnung zu nehmen und zur Beratung an den HFWRE-Ausschuss zu verweisen.

Stv. Riedl, Fraktion Gießener LINKE, spricht gegen den Verweisungsantrag.

Sodann lässt **Vorsitzende** über den Antrag auf Verweisung abstimmen: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP; Nein: AfD, LINKE).

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Somit ist die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

2. Turnusmäßiger Bericht aus dem Fahrgastbeirat für den Landkreis Gießen und die Universitätsstadt Gießen
3. Masterplan für die Gestaltung nachhaltiger und emissionsfreier Mobilität (Green City Plan Gießen) STV/1590/2019
- Antrag des Magistrats vom 5.3.2019 -
4. Aufstellung eines Bebauungsplanes zur 2. Änderung des Bebauungsplanes GI 01/04 „Bahnhofsvorplatz“, Bereich: „Alte Post“; **hier:** Abwägung und Satzungsbeschluss STV/1586/2019
- Antrag des Magistrats vom 28.02.2019 -
5. Abhalten einer Bürgerversammlung „Green-City-Masterplan“ und „E-Mobilität in Gießen“ STV/1603/2019
- Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 12.3.2019 -
6. Neubau einer Verbindungsstraße zwischen B49 und L 3126 STV/1593/2019
- Antrag der FW-Fraktion vom 28.2.2019 -
7. Reaktivierung des Bahnanschlusses im ehemaligen US-Depot STV/1599/2019
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 11.3.2019 -
8. Einstieg in den Fahrscheinlosen Nahverkehr (Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 28.8.2017); STV/0757/2017
hier: Aussprache zur vorliegenden Antwort des Magistrats vom 13.2.2019
9. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Turnusmäßiger Bericht aus dem Fahrgastbeirat für den Landkreis Gießen und die Universitätsstadt Gießen

Herr Sames berichtet turnusgemäß aus dem Fahrgastbeirat für den Landkreis Gießen und die Universitätsstadt Gießen.

3. Masterplan für die Gestaltung nachhaltiger und emissionsfreier Mobilität (Green City Plan Gießen) STV/1590/2019
- Antrag des Magistrats vom 5.3.2019 -

Antrag:

- „1. Der Masterplan für die Gestaltung nachhaltiger und emissionsfreier Mobilität (Green City Plan Gießen) wird zur Beratung vorgelegt.
2. Die fristgerechte Fertigstellung des aus dem Bundesprogramm ‚Saubere Luft 2017-2020‘ geförderten Green City Plans und die hieraus erfolgende Berechtigung der Universitätsstadt Gießen zur Beantragung von Fördermitteln aus den Förderprogrammen der sogenannten ‚Dieselmilliarde‘ wird zur Kenntnis genommen.
3. Der Beantragung von Fördermitteln durch den Magistrat und die städtischen Betriebe / Gesellschaften wird zugestimmt. Ziel ist es, Maßnahmen zur Reduktion von Luftschadstoffen im Stadtgebiet Gießen zu erreichen. Übergeordnetes Ziel dieser Maßnahmen und Aktivitäten ist die zeitnahe Unterschreitung des gesetzlichen Grenzwertes für Stickstoffdioxid, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger der Universitätsstadt Gießen zu wahren.“

Bürgermeister Neidel begründet kurz die Magistratsvorlage.

An der Diskussion zu verkehrspolitischen Grundsätzen beteiligen sich die Stadtverordneten Janitzki, Riedl, Oswald, Dr. Labasch, Dr. Preiß und Biemer.

Stv. Riedl, Fraktion Gießener LINKE, beantragt, die Magistratsvorlage um einen Punkt 4. zu ergänzen. **Der Ergänzungsantrag lautet wie folgt:**

„Es wird eine Bürgerversammlung zum Green City Masterplan gemäß § 8a HGO angestrebt.“

Auf Antrag des **Stv. Jantizki**, Fraktion Gießener LINKE, werden die Ausführungen des Stv. Biemer wörtlich protokolliert.

Stv. Biemer, AfD-Fraktion: *„Zur Verkehrswende allgemein, die ist weder dringend noch erforderlich. Die Luft in Deutschland ist so gut wie seit Beginn der Industrialisierung nicht mehr und wird stetig besser. Dasselbe gilt für die Gewässer. Die Lebenserwartung steigt ebenfalls. Wenn man sich mal anschaut wie die Lebensstandards in den Städten sind, mit den Belastungen, ist die Lebenserwartung am höchsten. Vorzeitige Todesfälle sind Behauptungen über Korrelationen die nicht falsifizierbar sind. Es handelt sich somit um Fake Science, das hat überhaupt nichts*

mehr mit Wissenschaft zu tun.

Warten wir erst mal ab, wie die Verkehrswende des Flughafens Berlin Brandenburg verläuft, dann können wir in Gießen weitermachen. Der Diesel Betrugsskandal ist überhaupt kein Problem. Es ging dabei um Emissionen, die aber seit Jahren kontinuierlich zurückgehen, obwohl der Verkehr kontinuierlich zugenommen hat. Feinstaubgrenzwerte sind sowieso kein Problem mehr und Stickstoffoxide werden immer weniger. Man braucht nur noch etwa 5 Jahre warten und die Grenzwerte werden sowieso überall eingehalten. Es fahren auf unseren Straßen auch nicht nur VW Diesel Modelle, sondern auch andere Marken. Elektrofahrzeuge sind auch nicht unbedingt klimafreundlich, man kann sich die entsprechenden Informationen im Internet angucken. Die fahren mit dem Mix, der aus der Steckdose kommt, da sind Kohlekraftwerke beteiligt, da gibt es überhaupt keine Klima freundliche Fahrzeuge. Ansonsten würde ich sagen, die Klima freundlichsten sind derzeit gasbetriebene Fahrzeuge, da wäre vielleicht die Möglichkeit auf solche Fahrzeuge umstellen, statt Elektrofahrzeuge zu verwenden. Hier macht sich die Subventionierung breit und wir kommen auf Sachen, die überhaupt nicht sinnvoll sind ... (nicht verständlich) deshalb werden wir diesen Antrag komplett ablehnen.“

Beratungsergebnis:

Der Ergänzungsantrag der Fraktion Gießener LINKE wird mehrheitlich abgelehnt (Ja: LINKE; Nein: SPD, CDU, GR, AfD; StE: FW, FDP).

Der Magistratsvorlage STV/1590/2019 (Ja: SPD, CDU, GR, AfD, FW; StE: LINKE, FDP) wird einstimmig zugestimmt.

4. Aufstellung eines Bebauungsplanes zur 2. Änderung des Bebauungsplanes GI 01/04 „Bahnhofsvorplatz“, Bereich: „Alte Post“; hier: Abwägung und Satzungsbeschluss - Antrag des Magistrats vom 28.02.2019 - **STV/1586/2019**

Antrag:

- „1. Die seitens der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. §§ 13a Abs. 2 und 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB vorgebrachten Anregungen wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.
2. Der Bebauungsplan zur 2. Änderung des Bebauungsplanes GI 01/04 ‚Bahnhofsvorplatz‘, Bereich: ‚Alte Post‘ (Anlage 2) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen, Anlage 3) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung (Anlage 4) wird beschlossen.
3. Die eigenständigen, gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung/HBO (Teil B der textlichen Festsetzungen, Anlage 3) werden als Satzung beschlossen.

4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

5. Abhalten einer Bürgerversammlung „Green-City-Masterplan“ und „E-Mobilität in Gießen“ **STV/1603/2019**
- Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 12.3.2019 -

Antrag:

„Der Magistrat und der Stadtverordnetenvorsteher werden gebeten zeitnah eine Bürgerversammlung nach §8a HGO zur Umsetzung der Einzelmaßnahmen aus dem ‚Green-City-Masterplan‘, sowie zur Elektromobilität in der Stadt Gießen, einzuberufen.“

Begründung:

Erste Maßnahmen zur dringenden erforderlichen Verkehrswende sind über ein Förderprogramm des Bundesverkehrsministeriums im Rahmen des sog "Diesel-Betrugs-Skandals" angestoßen worden. Diese beziehen sich in weiten Teilen auf eine Digitalisierung der Verkehrserfassung und Nutzendenzählung im Bereich des ÖPNV. Hier gilt es die Bewohnenden der Stadt zu informieren, sowie aus dem Teilnehmendenkreis einer Bürgerversammlung Vorschläge und Anregungen für weitreichendere Schritte zur Reduktion, sowie Nutzung anderer Verkehrsmittel zu sammeln. Eine soziale und ökologisch nachhaltige Verkehrswende in der Stadt kann nur durch das Einbinden der Bevölkerung erreicht werden.

Beratungsergebnis:

Vor Eintritt in die Tagesordnung zur Beratung an den HFWRE-Ausschuss verwiesen.

6. Neubau einer Verbindungsstraße zwischen B49 und L 3126 **STV/1593/2019**
- Antrag der FW-Fraktion vom 28.2.2019 -

Antrag:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat der Stadt Gießen auf, die Möglichkeit der Planung einer neuen Verbindungsstraße zwischen der B49 und der L3126 auf dem bereits vorhandenen Weg mit Anbindung des bestehenden und wieder zu reaktivierenden Bahnhaltendes ‚Flugplatz‘ zu prüfen.
2. Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu veranlassen, dass gemeinsam mit dem Landkreis Gießen, Hessen-Mobil und der Deutschen Bahn eine Kosten-/Nutzungsanalyse mit dem Ziel durchgeführt wird zu prüfen, welche Variante kostengünstiger und schneller zu realisieren wäre (Sanierung K22 mit Krötenuntertunnelung und Ausbau des Kreuzungsbereiches L3126, K22 und

Bahnübergang, oder Neubau der unter Punkt 1. Beantragten Prüfung einer neuen Verbindungsstraße B49 / L3126).“

Begründung:

Der Bahnhofpunkt „Flugplatz“ war in der Vergangenheit stark frequentiert von Arbeitnehmern, die im ehemaligen US-Depot und der AAFES beschäftigt waren. Dazu führt seit Jahrzehnten ein fast schnurgerader ausgebauter Weg zwischen der L3126, dem ehemaligen Bahnhofpunkt und weiter bis zur B49. Die Gesamtlänge des Weges beträgt ca. 300m. Die Einmündung des Weges auf der L3126 liegt exakt gegenüber dem neuen Haupteingang des Geländes „Am Alten Flughafen“. Vom ehemaligen und evtl. reaktivierten Bahnhofpunkt „Flugplatz“ sind es nur ca. 90m bis zum Haupteingang des neuen Gewerbe-, Industrie-, und Wohngeländes „Am Alten Flughafen“.

Ein Neubau / Ausbau dieses Weges zur Verbindungsstraße zwischen der B49 und der L3126 bietet daher viele Vorteile:

- Direkte Zufahrt von der B49 in die Haupteinfahrt des Gewerbegebietes Am Alten Flughafen“
- Kurzer Fußweg für Arbeitnehmer die mit der Bahn das Gewerbegebiet erreichen können, und damit Entlastung des Verkehrsaufkommens mit Pkw
- Entlastung des Heyerweg als bisherige Umfahrung bei Sperrung der K22 für die Krötenwanderung
- Möglichkeit der Zufahrt in das Gewerbegebiet auch über die Abfahrt Grünberger Straße der A 485 ohne Beeinträchtigung von Wohngebieten
- Sperrung der K22 für jeglichen Lkw-Verkehr wäre damit möglich
- Kein Umbau des Kreuzungsbereiches L3126/K22/Bahnübergang notwendig
- Lkw-Verkehr aus dem Gewerbegebiet hätte direkte Anbindung an die B49

Ein Ausbau dieses Weges zur einer fast schnurgeraden Verbindungsstraße B49 / L3126 zum Eingang des neuen Gewerbegebietes „Am Alten Flughafen“ , und der Reaktivierung des an dieser Strecke gelegenen Bahnhofpunktes „Flugplatz“ wäre von großem Vorteil, und zugleich eine Möglichkeit der Verkehrsentslastung für die betroffenen Stadtteile der Stadt Gießen und der ebenfalls vom zunehmenden Verkehr betroffenen Gemeinden im Kreis Gießen.

Herr Geißler, FW-Fraktion, trägt Antrag und Begründung vor.

Die Mitglieder der Koalition (Stv. Heimbach, Oswald und Dr. Labasch) sprechen sich gegen den Antrag aus, den Bau einer neuen Verbindungsstraße lehnen sie ab.

Bürgermeister Neidel teilt im Laufe der Diskussion, an der sich die Stadtverordneten Riedl, Oswald, Dr. Preiß, Heimbach, Biemer, Janitzki, Dr. Labasch und Stadträtin Weigel-Greilich beteiligen, mit, dass die Stadt Gießen eindeutig auf eine Instandsetzung der maroden und mit Betonplatten unterlegten Kreisstraße 22 setze. Diesbezüglich werde die Stadt Gießen in der kommenden Woche mit dem Landkreis Gespräche führen.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: AfD, LINKE, FW, FDP; Nein: SPD, CDU, GR).

**7. Reaktivierung des Bahnanschlusses im ehemaligen US- Depot STV/1599/2019
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 11.3.2019 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus,

1. dass die bestehende Bahnanlage auf dem Gelände des ehemaligen US-Depots saniert, reaktiviert und wieder an die Vogelsbergbahn angebunden wird und
2. dass der Investor, die Otto-group, dazu gewonnen wird, eine Planung vorzulegen, wie und zu welchen Kosten ein Teil ihrer Waren per Bahn transportiert werden kann.“

Begründung:

Der Regionalplan Mittelhessen und der städtische Flächennutzungsplan geben das Ziel eines Gleisanschlusses an die Vogelsbergbahn vor.

Im Sachstandsbericht zum Bebauungsplan „Am alten Flughafen“ vom Juni 2015 war unter den geplanten Nutzungen aufgeführt, dass für einen eventuellen Logistik-standort „ein Gleisanschluss vorgesehen ist“.

Da zwischen der Revikon GmbH und der Stadt - laut Begründung zum B-Plan S. 21 - einvernehmlich festgestellt wurde, dass die Sicherung des Gleisanschlusses und seine langfristig anzustrebende Realisierung vorzusehen ist, dürfte diese Absprache auch für die Otto-group gelten.

Stv. Janitzki, Fraktion Gießener LINKE, trägt den Antrag und die Begründung vor.

An der kurzen Diskussion beteiligen sich Stv. Oswald und Bürgermeister Neidel.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: LINKE; Nein: SPD, CDU, GR, AfD, FW, FDP).

**8. Einstieg in den fahrscheinlosen Nahverkehr (Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 28.8.2017); STV/0757/2017
hier: Aussprache zur vorliegenden Antwort des Magistrats vom 13.2.2019**

Der Bericht des Magistrats vom 13.2.2019 liegt den Anwesenden vor. (Er ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

An der Aussprache zum Bericht beteiligen sich die Stadtverordneten Riedl, Dr. Labasch und Stadträtin Weigel-Greilich.

9. **Verschiedenes**

Bürgermeister Neidel gibt Antworten des OTTO Konzerns auf Fragen bekannt, die in der letzten Bauausschusssitzung zum „Bebauungsplan GI 03/09 ‚Am Alten Flughafen III‘ (ehemaliges AAFES-Gelände)“ aufgekomen waren und nicht sofort beantwortet werden konnten.

Die Fragen und Antworten sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Vorsitzende teilt mit, dass die nächste Bauausschusssitzung am Dienstag, 14.5.2019, 19:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) K ü s t e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e